

Artikel vom 17.06.2021[Austausch mit Bundestagskandidat Ralph Edelhäuser](#)

Knapper Wohnraum in der Stadt und auf dem Land



Metropolen und ländlicher Raum sind gleichermaßen gefordert

Eines der aktuell vordringlichsten Herausforderungen ist bundesweit, aber auch lokal, die Schaffung bezahlbaren Wohnraums. Das gilt für die Ballungsräume, aber auch für den ländlichen Raum und die Städte Roth und Hilpoltstein gleichermaßen. Zusammen mit dem Bundestagskandidaten Ralph Edelhäuser haben sich die Hilpoltsteiner CSU-Ortsvorsitzende Ulla Dietzel und der Fraktionsvorsitzende der CSU im Hilpoltsteiner Stadtrat Christoph Raithel das geplante Wohnungsbauprojekt auf der Dorotheenhöhe angesehen. Hier sollen 31 Wohnungen mit 48 bis 108 m² Wohnfläche entstehen. Insgesamt bringt die Kommune damit bis ins Jahr 2024 eine Fläche von 2.175 m² auf den Markt.

Für Christoph Raithel und die Stadtratsfraktion geht dies jedoch zu langsam: „Wenn die Stadt selbst baut, zieht sich das Projekt in die Länge. Künftig müssen wir für ähnliche Projekte Partner finden, die eine schnellere Umsetzung ermöglichen.“ Insbesondere im Bereich der Kirchen und Wohlfahrtsverbände gäbe es leistungsfähige Träger, wie das St. Gundekar-Werk oder das Evangelische Siedlungswerk, das geförderten Wohnraum auch nach der Bindungsfrist unter sozialen Kriterien zur Verfügung stellen.

Für Ralph Edelhäuser ist es wichtig, dass der Staat die Kommunen weiterhin bei der Schaffung von Wohnraum unterstützt. „Die Kommunen können ihrerseits die planungsrechtlichen Grundlagen

schaffen und zum Beispiel über Erbpacht die dauerhaft günstige, sozial-orientierte Vermietung sicherstellen.“

Um die Kosten des geplanten Projekts auf der Dorotheenhöhe zu begrenzen, hat sich der Hilpoltsteiner Stadtrat mehrheitlich für eine Verkleinerung der Tiefgarage ausgesprochen. Die CSU-Fraktion will die entfallenen Stellplätze aber vollständig oberirdisch errichten. „Es kann nicht sein, dass wir die Maßstäbe, die wir bei anderen Bauherren anlegen, für uns selbst nicht gelten!“, betont der Vorsitzende Christoph Raithel. Darüber hinaus gelte es, die Lebenswirklichkeit der Menschen zu berücksichtigen: Es wird nämlich nicht nur das Rentnerehepaar mit schmalem Geldbeutel in den kommunalen Wohnungsbau einziehen, sondern auch die Streifenpolizistin und der Krankenpfleger, die z. B. aufgrund ihrer Schichtarbeit auf den eigenen PKW angewiesen bleiben werden. Insgesamt komme der geförderte Wohnungsbau, und das ist bisweilen nicht allgemein bekannt, doch **großen Teilen der Bevölkerung** zugute, stellte Ralph Edelhäufer dazu abschließend fest.